

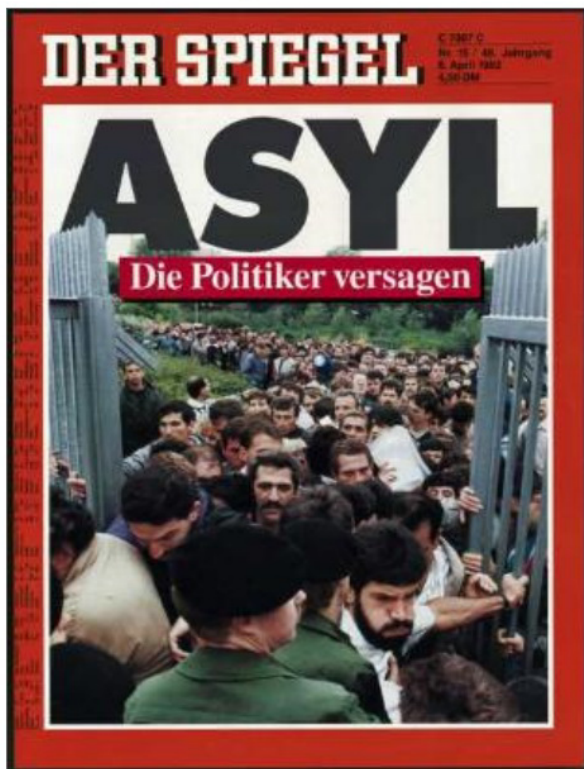
Einleitungsbeitrag zum kommunalpolitischen Frühstück am 10. April 2016 von Vorstandsmitglied Bodo Urvat

Liebe Frühstücksgäste,

zum Einstieg in die Diskussion möchte ich kurz auf die Entwicklung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ eingehen. Der Begriff beinhaltet ja eigentlich zwei Krisen:

zum Einem die Krise der Flüchtlinge selbst, deren Lage sich innerhalb eines Jahres so zugespitzt hatte, dass sie in großer Zahl in Richtung Europa aufbrachen. Zum zweiten ist es eine Krise der bürgerlichen Flüchtlingspolitik, deren Abschottungssystem in Form des sogenannten Dublin-Verfahrens unter diesem Ansturm vollständig gescheitert ist.

DER SPIEGEL 15/1992



DER SPIEGEL 31/1992



Schauen wir uns kurz die Vorgeschichte der aktuellen Krise an. Seit gegen Ende der 1980er Jahre immer größere Wanderungsbewegungen in der Welt absehbar waren, setzte die damalige Kohl-Regierung immer stärker auf eine reaktionäre Asylpolitik. Mit der Bundestagswahl 1987 starteten CDU/CSU eine jahrelange Kampagne gegen das Asylrecht, die vor nichts zurückschreckte – auch nicht vor übelster Volksverhetzung. Medien wie SPIEGEL und BILD waren willfährige Vollstrecker dieser Hetz-Kampagne, die ein direkter Brandbeschleuniger für die ausländerfeindlichen Pogrome Anfang der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen und vielen anderen Orten waren.



Mit Ulrich Nölle
auf neuen Kurs:

**Asyl-
mißbrauch
beenden!**

- 40.000 Asyl-Akten endlich bearbeiten
- Schein-Asylanten konsequent abschieben
- Grundgesetz ändern

Am 29. September '91



Besonders mit dem Bild vom „vollen Boot“ wurde diese Hetze betrieben. Damals war das „Boot“ übrigens schon mit weniger als der Hälfte der heutigen Flüchtlinge angeblich so „voll“, dass es zu sinken drohte. Das war damals so verlogen wie heute und diente nur dazu, den berüchtigten „Asylkompromiss“ von 1993 durchzudrücken. Damit wurde das Asylrecht so weitgehend eingeschränkt, dass 20 Jahre relative Ruhe an der „Asylfront“ herrschte.

Seitdem können Asylsuchende ohne Anhörung zurückgewiesen werden, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat oder einem sicheren Herkunftsstaat einreisen. Da alle Nachbarländer Deutschlands als sichere Drittstaaten gelten, ist es für Asylsuchende praktisch nicht mehr möglich, auf dem Landweg einzureisen. Durch die Drittstaatenregelung hatte sich insbesondere Deutschland schön abgeschottet und die Probleme auf die Länder an den Außengrenzen der EU abgeschoben.

Diese Abschottung gegenüber den wachsenden Flüchtlingsbewegungen wurde mit der Erweiterung der EU von 15 auf 28 Staaten in den sogenannten Dubliner Übereinkommen immer weiter perfektioniert.

Das ging so lange gut, wie die Flüchtlingszahlen eine bestimmte Zahl nicht überschritten, was auch durch Abkommen mit bestimmten Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU (v.a. in Nordafrika) sichergestellt wurde. Durch die Abschottungspolitik der EU hat der Mauerbau Hochkonjunktur. 40 Mauern sind seit dem Fall der Mauer in Deutschland 1989 weltweit neu errichtet worden. In Europa sind diese Befestigungen u.a. in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika, in Griechenland, in den baltischen Staaten und in Bulgarien, Ungarn, Slowenien, Mazedonien und Österreich zu finden (Quelle: Stefan Luft, Die Flüchtlingskrise, Seite 54).

Ein wichtiger Baustein in diesem kunstvoll errichteten „Antimigrantischen Schutzwall“ war z.B. Libyen, das zynisch als „Pufferstaat“ zur Zurückhaltung von Flüchtlingen bezeichnet wurde. Nun haben sich die USA, Frankreich und die NATO diesen Puffer 2011 durch ihre kriegerische Politik selbst zerschossen. Gleichzeitig wuchsen mit dem anhaltenden Zerfall von Staaten wie Afghanistan, Irak und Syrien sowie einiger Staaten in Afrika infolge imperialistischer Einmischung und Aggression die Flüchtlingszahlen dramatisch an.

Zusätzlich verschärft wurde die Lage dadurch, dass Gelder für internationale Hilfsprogramme nicht flossen. Von 2014 bis 2015 stieg deshalb die Unterversorgung mit Lebensmitteln in den großen Flüchtlingslagern im Libanon, Jordanien, Syrien und der Türkei von 48 auf 85 Prozent! Dadurch wurde die Lage für viele Flüchtlinge so prekär, dass sie sich auf den Weg nach Europa machten und damit die Dublin-Abkommen unter ihren Füßen begruben.

Angesichts des Andrangs öffnete Angela Merkel in einer humanitären Geste im August 2015 die Grenze nach Deutschland, was sie auch zur eigenen Legendenbildung mittels Selfies mit Flüchtlingen nutzte. Das geschah wohl auch in der Hoffnung, die weitere Entwicklung durch Vereinbarungen zur „gerechten“ Verteilung der Flüchtlinge in der EU relativ schnell in den Griff zu bekommen. Das unterschätzte jedoch völlig, welche Sprengkraft die Krise der EU-Flüchtlingspolitik bereits erreicht hatte.

Das ultrarechte Lager in der eigenen Partei und in der AfD strickte seine eigene Legende, wonach Merkel an allem schuld ist, was mit der Flüchtlingskrise zusammenhängt. Es entwickelte sich eine gesellschaftliche Polarisierung, der die Regierungsparteien der GroKo durch einen offensichtlichen Rechtsruck in ihrer Politik zu begegnen versuchten. Jede sich bietende Gelegenheit wurde genutzt, um das Asylrecht und andere demokratische Rechte noch weiter einzuschränken – bis hin zu dem schändlichen EU-Türkei-Deal. Das alles geschah unter der Verantwortung von Angela Merkel, die sich trotzdem weiter als „Mutter Theresa der Flüchtlinge“ feiern ließ. Und es ist schon erstaunlich, dass selbst viele fortschrittliche Menschen diesen klaffenden Widerspruch zwischen Wort und Tat nicht sehen.

Was bedeutet der EU-Türkei-Deal für die Flüchtlinge? Dazu erklärt Pro Asyl:

„Wer aus der Türkei nach Griechenland gelangt, soll – nach einem schnellen pro forma-Verfahren – zurück in die Türkei abgeschoben werden. Im Gegenzug möchten die EU-Staaten für jeden syrischen Abgeschobenen einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf legalen Wegen aufnehmen. Um den bizarren Plan zu verdeutlichen: Nur wenn ein syrischer Schutzsuchender sein Leben bei der Überfahrt über die Ägäis riskiert und dann per Schnellverfahren zurückverfrachtet wird, entsteht ein Platz für einen anderen Schutzsuchenden aus Syrien, der dann legal und gefahrenfrei in die Europäische Union kommen darf. Doch damit nicht genug: Nicht nur, dass der Deal syrische Schutzsuchende gegen Menschen aus anderen Ländern ausspielt und Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten wie dem Irak, Afghanistan oder Eritrea Schutz in der Europäischen Union generell verwehrt bleibt, er lässt auch völlig außer Acht, dass die Türkei kein „sicherer Drittstaat“ für Flüchtlinge sein kann. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die die Staaten der Europäischen Union unterzeichnet haben, sieht ein Ausweisungs- und Zurückweisungsverbot („Non-Refoulement-Prinzip“) in Staaten, in denen das Leben und die Freiheit der

Flüchtlinge bedroht wären, vor. Die Türkei sichert den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention aber nur Flüchtlingen aus europäischen Ländern zu ... Und auch die Praxis zeigt: Flüchtlinge auch aus Syrien oder dem Irak werden in der Türkei willkürlich inhaftiert, es kommt sogar zu Abschiebungen. ... Durch den nun verabredeten Deal verstoßen die europäischen Staaten gegen die von ihnen unterzeichnete Genfer Flüchtlingskonvention ...“

Zum Schluss möchte ich noch auf eine Seite des Rechtsrucks der bürgerlichen Politik zu sprechen kommen, die besonders niederträchtig ist. Das ist die Art wie dieser Rechtsruck durch die SPD vollzogen wird. Ende Februar trat SPD-Chef Sigmar Gabriel mit der Forderung nach einem „Solidaritätsprojekt für unsere eigene Bevölkerung“ an die Öffentlichkeit, was er direkt den Ausgaben für Flüchtlinge gegenüber stellte. Auf die Idee sei er nach Gesprächen mit den berühmten „besorgten Bürgern“ gekommen, die ihm vorgehalten hätten: „Für die macht Ihr alles, für uns nichts!“ Das ist schon starker Tobak und erinnert stark an die neofaschistische Losung „Deutschland/Deutsche zuerst!“.

Denn erstens stimmt es nicht, dass für die Flüchtlinge alles getan wird. Das Gegenteil ist doch der Fall. Sie werden häufig, wie gerade in Essen in menschenunwürdigen Massenunterkünften untergebracht, an ihrer Versorgung wird gespart, ihre Rechte sollen immer mehr eingeschränkt werden, um sie abzuschrecken, sollen sie sich wie Gefangene fühlen. Und FÜR uns haben Gabriel und seine Partei doch schon lange nichts mehr getan, es sei denn man betrachtet Hartz IV, Niedriglöhne und Rentenkürzungen als soziale Wohltat.

Man muss es so hart sagen: was Gabriel hier getan hat, ist der Versuch, fremdenfeindliche und rassistische Protestmotive als berechtigten Sozialprotest salonfähig zu machen. Genau auf dieser spalterischen Linie liegt auch der Kurs einiger SPD-Ortsvereine in Essen, die Anfang Februar zunächst eine Demonstration mit Besetzung des Stauderkreisels machen wollten unter dem Motto „Der Norden ist voll!“

Gerade mal 1 Prozent der Essener Bevölkerung machen gegenwärtig die Flüchtlinge aus. Auch wenn es in einzelnen Stadtteilen wegen der ungleichen Verteilung und der unmenschlichen Großeinrichtungen deutlich mehr sind: das soll uns vor unlösbare Probleme stellen? Probleme schafft nur eine Denkweise, wie die des selbsternannten Volkstribuns und SPD-Ratsherrn Guido Reil, der auch gerne ungefragt für die ehrenamtlichen Helfer und ihr Befinden spricht. Dazu möchte ich zum Schluss eine Karnaper Helferin zitieren, die selbstbewusst konterte: „Herr Reil kann das nicht beurteilen.“